

Hochqualifizierte und Teilzeitbeschäftigte begünstigen die Dynamik von Unternehmensgründungen

Neu gegründete Betriebe, die im Gründungsjahr mindestens einen hochqualifizierten Beschäftigten haben, wachsen signifikant schneller als Gründungen ohne Hochschulabsolventen. Umgekehrt ist das Wachstum der Beschäftigung in Gründungen mit Geringqualifizierten (Personen ohne Berufsabschluss) geringer als in anderen Betrieben. Dies ergibt eine IAW-Studie, in der die Beschäftigungsentwicklung in 484.000 neu gegründeten Betrieben im Zeitraum von 2000 bis 2006 analysiert wird. Hierin wurden die Folgen der Beschäftigungsstruktur für die Dynamik von Gründungen erstmals auf breiter Basis untersucht.

Die Studie beschäftigt sich auch mit der Nutzung von flexiblen Beschäftigungsverhältnissen. Gründungen, die Teilzeitbeschäftigung oder geringfügige Beschäftigung (Mini-Jobs) nutzen, erhöhen in den auf die Gründung folgenden Jahren die Zahl der Beschäftigung langsamer als Gründungen nur mit Vollzeitbeschäftigten. Wenn man dagegen die

Wirkung auf das Arbeitsvolumen (gemessen in sogenannten Vollzeitäquivalenten) schätzt, wachsen Betriebe mit Teilzeitbeschäftigung sogar schneller als andere. Das Beschäftigungswachstum erfolgt in beiden Fällen offenbar auf verschiedene Weise, entweder durch die Erhöhung der Arbeitszeit der vorhandenen Teilzeitkräfte oder durch Neueinstellungen. Aus dem Effekt auf das Arbeitsvolumen lässt sich schließen, dass Teilzeitbeschäftigung dabei hilft, schneller zu expandieren, da keine zusätzlichen Einstellungskosten anfallen. Zudem können neu gegründete Betriebe so ihrem Bedürfnis nach Flexibilität nachkommen. Dieses erhöhte Flexibilitätsbedürfnis zeigt sich bereits auf der deskriptiven Ebene in deutlichen Unterschieden in der Nachfrage nach flexibleren Beschäftigungsverhältnissen zwischen neugegründeten, jungen und etablierten Betrieben. So liegt der Anteil der Teilzeitbeschäftigung in Neugründungen bei mehr als 40% (siehe Abbildung Seite 2).

Fortsetzung Seite 2

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

im Jahr 2012 wird Baden-Württemberg 60 Jahre alt. Auf 55 Jahre bringt es das IAW. Nicht ganz so lange gibt es diese IAW-News: Die erste Ausgabe erschien 2003. Es ist aufschlussreich, die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs an den Überschriften in den IAW-News nachzuverfolgen. Zunächst dominierten Beschäftigungsprobleme: Die Beschäftigungserwartungen waren „sehr durchwachsen“ (Ausgabe 1/2004), und viele Betriebe erwarteten einen „zu hohen Personalbestand“ (1/2005). Später wurde die Fachkräfteknappheit stärker betont: „Brain Drain aus Baden-Württemberg“ (1/2010).

In Ausgabe 1/2009 setzte das Thema Wirtschaftskrise ein. „Exportland Baden-Württemberg: langfristig gute Position für den Weg aus der Krise“ titelten die IAW-News (3/2009). Zwei Jahre später konnte „das ‚Jobwunder‘ in Baden-Württemberg“ analysiert werden (3/2011). Unter den Branchen waren „Unternehmensnahe Dienstleistungen auf dem Vormarsch“ (4/2004). „Image noch verbesserungsfähig“ bemerkten die IAW-News zum Finanzplatz Stuttgart (2/2008). Im Jahr 2009 stand die „Automobilregion Stuttgart vor enormen Herausforderungen“ (3/2009), doch zugleich eröffneten sich durch die Elektromobilität „Neue Wege für Kommunen“ (1/2011).

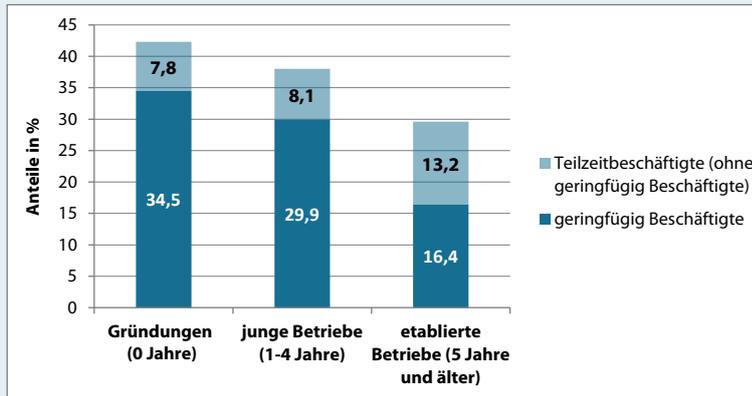
Das IAW gratuliert Baden-Württemberg zum 60. Jubiläum und freut sich, die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte weiter wissenschaftlich zu begleiten.



Prof. Dr. Bernhard Boockmann

Aus dem Inhalt:	
Editorial	1
Hochqualifizierte und Teilzeitbeschäftigte begünstigen die Dynamik von Unternehmensgründungen.....	1
Forschungsberichte aus dem IAW:	
Zunehmendes Outsourcing durch Werkverträge?.....	2
Konjunkturpolitik auf Bundesländerebene: Das Beispiel Baden-Württemberg	3
Neue IAW-Publikationen.....	3
Neue Ergebnisse zur Herstellung einer altersgerechten Arbeitswelt	4
IAW-Veranstaltungen	4
Berufung	5
Personalia	6
Vorträge / Interviews.....	6
Impressum / Kontakt.....	6
Weitere Infos zum IAW sowie aktuelle Pressemitteilungen finden Sie im Internet unter www.iaw.edu	

Anteil geringfügig und in Teilzeit Beschäftigter in Gründungen, jungen und etablierten Betrieben



Quelle: Betriebs-Historik-Panel, 2006, eigene Berechnungen

Weitere Ergebnisse betreffen die Beschäftigungszusammensetzung nach Alter, Geschlecht und Nationalität. Die

Größe der Gründungen im Ausgangsjahr, die Branchenzugehörigkeit und andere Merkmale werden dabei

herausgerechnet. Ferner wird in den Ergebnissen berücksichtigt, dass viele Gründungen von kurzer Dauer sind und das Beschäftigungswachstum nur bei den überlebenden Unternehmen gemessen werden kann.

→ Das IAW-Diskussionspapier Nr. 78 „The Role of Employees for Post-Entry Firm Growth“ von Andreas Koch, Jochen Späth und Harald Strotmann 2012 kann unter <http://www.iaw.edu/iaw/De:Publikationen:IAW-Reihen:IAW-Diskussionspapiere> kostenlos heruntergeladen werden.

Ansprechpartner:
Jochen Späth, Tel. 07071 9896-14.
jochen.spaeth@iaw.edu

Zunehmendes Outsourcing durch Werkverträge?

Die Vergabe einzelner Tätigkeiten an freie Mitarbeiter oder Fremdfirmen auf der Basis von Werkverträgen ist in vielen Unternehmen ein seit langem übliches Instrument. Werkverträge kommen bei Outsourcing-Aktivitäten zum Einsatz und sind als „industrielle Dienstleistungen“ ein fester Bestandteil der Geschäftsstrategien in zahlreichen Branchen. Mit den zunehmenden Flexibilisierungserfordernissen am Arbeitsmarkt und dem Wandel der Erwerbsarbeit hin zu wachsender Selbstverantwortung und zunehmend projektbezogenem Arbeiten gewinnen Werkverträge tendenziell an Bedeutung. Problematisch kann die Auslagerung von Tätigkeiten allerdings dann werden, wenn sie gezielt zur Umgehung gesetzlicher oder tariflicher Regelungen zur Entlohnung oder sozialen Absicherung der Beschäftigten eingesetzt wird und wenn sie deshalb andere Beschäftigung im Nutzerbetrieb verdrängt. Das IAW hat nun im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung eine systematische Bestandsaufnahme der vorhandenen Erkenntnisse zur Nutzung von Werkverträgen vorgelegt.

Trotz der recht großen Aufmerksamkeit, die das Thema derzeit in den Medien erfährt, gibt es nur wenig belastbare empirische Evidenz. Am besten ist die

Datenlage bei den freien Mitarbeitern mit Werk- oder Dienstverträgen, deren Anteil an der genutzten Arbeit bundesweit zwischen 2002 und 2010 von 1% auf gut 2% gestiegen ist. Keine Aussagen lassen sich dagegen bezüglich der Auslagerung von Tätigkeiten über Werkverträge an Fremdfirmen treffen. Zwar gibt es einzelne Erhebungen in bestimmten Branchen wie z.B. der Metallindustrie, die auf eine hohe Nutzungsintensität hindeuten. Jedoch sind diese Ergebnisse jeweils nur auf einen Zeitpunkt bezogen und nicht repräsentativ. Damit sind auch keine Analysen zum missbräuchlichen Einsatz von Werkverträgen als verdeckte und nicht regulierte Leiharbeit möglich. Auch zur sozioökonomischen Situation der Beschäftigten der Werkvertragsunternehmen gibt es derzeit keine gesicherte Datenlage.

Bei Lösungsvorschlägen zum Missbrauch von Leiharbeit ist sorgsam abzuwägen zwischen dem Recht der Betriebe, strategische Entscheidungen bezüglich der Eigenerstellung oder der Auslagerung von Arbeitsschritten (*make or buy*) zu treffen, und den sozialen Rechten der Beschäftigten. Es gibt also nicht eine Werkvertrags-Problematik im Allgemeinen, sondern es muss konkret betrachtet werden, welche Werk-

verträge problematisch sind. Dies ist nur auf der Grundlage verlässlicher Daten möglich. Das IAW unterbreitet in seiner Studie eine Reihe von praktikablen Vorschlägen, wie mehr Licht in diesen Bereich des Arbeitsmarkts gelangen kann.

→ Die Studie wurde im Februar 2012 als OBS-Arbeitspapier Nr. 2 unter dem Titel „Werkverträge in der Arbeitswelt“ publiziert und kann kostenlos heruntergeladen werden unter: http://www.otto-brenner-shop.de/uploads/tx_mplightshop/2012_02_29_Koch_AP_02.pdf



Ansprechpartner:
Dr. Andreas Koch, Tel. 07071 9896-12,
andreas.koch@iaw.edu

Konjunkturpolitik auf Bundesländerebene: Das Beispiel Baden-Württemberg

Nach der schnellen wirtschaftlichen Erholung von der globalen Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 sind neue Risiken für die Konjunktur entstanden. Ursache ist vor allem die noch nicht gelöste Staatsschulden- und Bankenkrise im Euroraum. In einer aktuellen Studie analysiert das IAW die möglichen Folgen und die Handlungsoptionen für das Land Baden-Württemberg. Dabei kann auf den Erfahrungen mit konjunkturpolitischen Instrumenten in der letzten Wirtschaftskrise aufgebaut werden.

Derzeit profitieren Deutschland und Baden-Württemberg tendenziell von der anhaltend angespannten Situation im Euroraum: Kapital strömt zu, die Zinsen bleiben niedrig, die Finanzierungssituation der Unternehmen und der öffentlichen Haushalte ist günstig und der Euro bleibt schwach, was die Exportnachfrage ankurbelt. Auf längere Sicht bestehen aber auch für Deutschland erhebliche Risiken, wenn einzelne Staaten in der Eurozone ihre Schuldenprobleme nicht nachhaltig lösen können, ein Zahlungsausfall droht und im Extremfall sogar das Verbleiben einzelner Länder in der Eurozone in Frage gestellt wird. Zudem besteht das Risiko, dass die EZB ihre Liquiditätszufuhr nicht verringern kann, da das Vertrauen im Bankensektor und damit die Funktionsweise des Interbankenmarktes nicht wiederhergestellt werden kann.

Baden-Württembergs kann bezüglich einer Neuordnung der Banken- und Finanzmarktregulierung nicht direkt eingreifen, aber es kann darauf hinwirken,

dass auf bundesdeutscher und europäischer Ebene die Weichen richtig gestellt werden. Nicht auszuschließen ist, dass sich künftig die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen verschlechtern. Sollte dann eine Bankenrekapitalisierung nicht machbar oder ausreichend sein, besitzen Institutionen wie die L-Bank in Baden-Württemberg oder die KfW auf der Bundesebene geeignete Instrumente, um die Finanzierung von Unternehmen durch Kreditvergabe und Bürgschaften zu unterstützen.

In der vergangenen Wirtschaftskrise wurden über Förderinstrumente des Landes und des Bundes Finanzierungsbeiträge für die Unternehmen geleistet. Gemessen am Finanzierungsbedarf der Unternehmen blieb das Volumen der Kredite und Bürgschaften jedoch relativ begrenzt. Künftig sollte die direkte Finanzierung von Unternehmen nur mit einer klaren zeitlichen Begrenzung und nur dann eingesetzt werden, wenn die Evaluation dieser Maßnahmen mit Hilfe von modernen quantitativen Verfahren verpflichtend ist. Zu wenig ist insbesondere über die längerfristigen Wirkungen von Bürgschaften bekannt.

Im Kontext der schwelenden Schuldenkrise besteht ein mögliches Szenario in einer allmählichen, aber nachhaltigen Verringerung des wirtschaftlichen Wachstums. Daher gilt es für das Land vor allem, mehr Wachstum zu stimulieren. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen in Baden-Württemberg ist noch immer vergleichsweise schwach und sollte langfristig steigen, zumal da die

Investitionsgüternachfrage für Baden-Württemberg von besonderer Wichtigkeit ist.

Neben der Stabilisierung des Finanzsystems und der Erhöhung von Investitionen und Innovationen bleibt die Möglichkeit wichtig, auf Nachfrageausfälle durch einen expansiven fiskalpolitischen Impuls zu reagieren. In der Krise von 2008/09 war dies die angemessene Reaktion, da der dramatische Rückgang bei der Exportnachfrage eine Kettenreaktion auslöste und auch die Inlandsbestellungen zurückgingen. Auch künftig könnte die Fiskalpolitik der Länder als konjunkturpolitisches Instrument eine Rolle spielen. Da die finanzpolitischen Spielräume jedoch geringer werden, kommt es darauf an, das bestehende Instrumentarium effizienter zu gestalten und seinen Wirkungsgrad zu erhöhen. Möglichkeiten zur Optimierung gibt es im Hinblick auf die Verminderung von Wirkungsverzögerungen. Ferner ist darauf zu achten, dass die Nachfrageimpulse Sickerverluste vermeiden und über die Branchen so weit streuen, dass Preiswirkungen infolge von Kapazitätsbeschränkungen vermieden werden.

→ Die Studie ist als IAW-Kurzbericht 1/2012 erschienen und kann kostenlos von der IAW-Internetseite <http://www.iaw.edu/iaw/De:Publikationen:IAW-Reihen:IAW-Kurzberichte> herunter geladen werden.

Ansprechpartner:
Dr. Raimund Krumm, Tel. 07071 9896-31, raimund.krumm@iaw.edu

Neue IAW-Publikationen

IAW-Diskussionspapiere

→ www.iaw.edu/publikationen

Nr. 80:

Katja Neugebauer / Jörn Kleinert : All You Need Is Trade: On the In(ter)dependence of Trade and Asset Holdings in Gravity Equations

Nr. 81:

Claudia M. Buch / Christoph Engel: The Tradeoff between Redistribution and Effort: Evidence from the Field and from the Lab

Neue Ergebnisse zur Herstellung einer altersgerechten Arbeitswelt

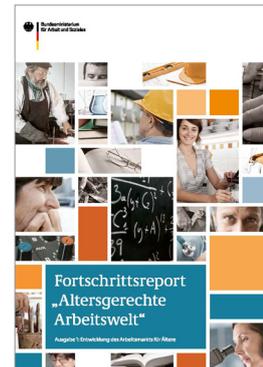
Das Bundesarbeitsministerium hat im Februar 2012 den ersten Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“ vorgelegt und die Ergebnisse zusammen mit den Sozialpartnern diskutiert. Der Report wurde vom IAW wissenschaftlich begleitet und fasst aktuelle Daten, Trends, Analysen sowie neueste wissenschaftliche Studien und Praxisbeispiele zum Thema „Arbeiten bis 67“ zusammen. Er soll künftig halbjährlich erscheinen und dokumentiert die Fortschritte auf dem Weg bis zur vollständigen Einführung der Rente mit 67 Jahren im Jahr 2029.

Die in der ersten Ausgabe enthaltenen Ergebnisse zeigen, dass die Erwerbsbeteiligung Älterer von 2000 bis 2010 deutlich zugenommen hat: Über 40% der Personen im Alter von 60 bis 64 Jahren sind heute erwerbstätig, eine Verdoppelung seit dem Jahr 2000. Auch trifft die vielfach geäußerte Meinung, dass die

reguläre, also sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei den Älteren weit weniger zugenommen hat als die Mini-Jobs, nicht zu. Im internationalen Vergleich hat Deutschland zu den Ländern mit einer hohen Beschäftigungsquote bei den Älteren aufgeschlossen.

Dennoch bleibt viel zu tun. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen müssen dabei unterstützt werden, durch den Einsatz von Weiterbildung und anderen Maßnahmen das Potenzial Älterer noch besser zu nutzen. Zudem schaffen es Ältere verhältnismäßig schwer, eine neue Beschäftigung zu finden, wenn sie einmal arbeitslos geworden sind. In den nächsten Ausgaben des Fortschrittsreports wird es um die Gesundheit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um Weiterbildung, Fragen der Arbeitsorganisation und die Übergänge am Arbeitsmarkt gehen.

→ Die Fortschrittsreporte können nach Erscheinen von der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales herunter geladen werden: <http://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Arbeiten%20bis%2067/Fortschrittsreport/inhalt.html>



Ansprechpartner:
Prof. Dr. Bernhard Boockmann,
Tel. 07071 9896-20, bernhard.boockmann@iaw.edu

IAW-VERANSTALTUNGEN

IAW-Vortragsveranstaltung und Podiumsdiskussion zum Thema Nachhaltigkeit

Seit langem wird in der Öffentlichkeit und ökonomischen Forschung darüber diskutiert: Wirtschaftliche Wohlfahrt ist mehr als das Bruttoinlandsprodukt. Soziale Gerechtigkeit, ökologische Tragfähigkeit und die Nachhaltigkeit der ökonomischen Entwicklung werden durch die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nicht ausreichend erfasst. Professor Dr. Christoph M. Schmidt, Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, ist zugleich Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags. Sein Vortrag bei der IAW-Jahresversammlung am 28. Februar 2012 in der Deutschen Bundesbank Stuttgart beschäftigte sich mit dem Thema „Beyond GDP: Wie kann



V.l.n.r.: Dr. Felix Christian Matthes (Öko-Institut, Berlin), Dr. Nils Schmid (Stv. Ministerpräsident und Minister für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg), Prof. Dr. Claudia Buch (IAW-Direktorin), Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident des RWI Essen) und Dr. Hans-Eberhard Koch (Präsident des LVI e.V.); Foto: Dieter Buck.

man Nachhaltigkeit erkennen und was folgern wir daraus?“ Professor Schmidt analysierte darin die unterschiedlichen Komponenten eines umfassenderen Wohlfahrtsbegriffs. Dabei zeigt sich, dass

ökonomische Maße wie das Bruttoinlandsprodukt und die Arbeitslosenquote sehr eng mit der wahrgenommenen Wohlfahrt korrelieren, jedoch ist die Korrelation keineswegs perfekt.

In der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Wettbewerbsfähigkeit durch Nachhaltigkeit?“ plädierte der baden-württembergische Minister für Finanzen und Wirtschaft, Dr. Nils Schmid (SPD), dafür, das Thema Nachhaltigkeit im Rahmen eines Masterplans industriell umzusetzen. Die Voraussetzungen dazu seien in Baden-Württemberg aufgrund seines starken industriellen Kerns besonders günstig. Insbesondere der Bereich Energieerzeugung, wo hoher

Investitionsbedarf besteht, aber auch Verkehr und Mobilität seien hierfür hervorragend geeignet.

Themen der Podiumsdiskussion waren unter anderem die Kosten der Energiewende und die Entwicklung der Energiepreise, wie Anreize zu Innovationen gegeben werden können und ob solche politische Maßnahmen technologie-neutral sein können, welches die Erfordernisse der Industrie sind und welche

Umweltgüter für Baden-Württemberg als Produktionsstandort interessant sind. An der von Prof. Dr. Claudia Buch (Wissenschaftliche Direktorin des IAW e.V.) moderierten Diskussion beteiligten sich außerdem Dr. Hans-Eberhard Koch (Präsident des Landesverbands der baden-württembergischen Industrie e.V. LVI, Ostfildern), Dr. Felix Christian Matthes (Forschungskordinator Energie- und Klimapolitik, Öko-Institut, Berlin) und Prof. Dr. Christoph M. Schmidt.

Fünfter Norbert-Kloten-Preis verliehen



V.l.n.r.: Prof. Dr. Wilhelm Rall (Vorsitzender des IAW-Vorstands), der Preisträger Dipl.-Volkswirt Florian Smuda, Prof. Dr. Claudia Buch (IAW-Direktorin), Bernhard Sibold (Präsident der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg), Foto: Dieter Buck).

Im Rahmen der Jahresversammlung des IAW e.V. am 28. Februar 2012 in der Deutschen Bundesbank in Stuttgart wurde zum fünften Mal der Norbert-Kloten-Preis für Angewandte Wirtschaftsforschung verliehen. Der gemeinsam von der Deutschen Bundesbank in Stuttgart und dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung gestiftete Preis ging in diesem Jahr an Dipl.-Volkswirt Florian Smuda für seine Diplomarbeit „Kartellpreis-

aufschläge: eine ökonometrische Analyse für den europäischen Markt“. Die Arbeit entstand am Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie von Professor Dr. Gerhard Wagenhals an der Universität Hohenheim. Florian Smuda war im Sommer 2009 als Praktikant am IAW beschäftigt und beteiligte sich dort an empirischen Analysen zu den Themen Fachkräftebedarf sowie betriebliche Fort- und Weiterbildung.

BERUFUNG

IAW-Direktorin Claudia M. Buch als „Wirtschaftsweise“ berufen

Frau Professor Dr. Claudia M. Buch, Wissenschaftliche Direktorin des IAW, wurde am 15. Februar 2012 in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berufen. Sie folgt auf Professor Dr. Beatrice Weder di Mauro, deren Ratsmitgliedschaft im Februar 2012 endete. Weitere Mitglieder des Sachverständigenrats sind Professor Dr. Wolfgang Franz, Professor Dr. Lars P. Feld, Professor Dr. Christoph M. Schmidt und Professor Dr. Peter Bofinger. Die Berufung wird für eine Dauer von fünf Jahren vorgenommen.

Die IAW-Direktorin Claudia Buch nimmt auch andere wichtige Aufgaben in der

wissenschaftlichen Politikberatung wahr. So ist sie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken und war von 2008 bis 2012 Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi). In ihrer Arbeit am IAW berät sie in verschiedenen Projekten Bundes- und Landesministerien und die EU-Kommission. Darüber hinaus nimmt sie vielfältige Aufgaben in der Wissenschaft wahr, beispielsweise als Senatsmitglied bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Claudia Buch: „Über die Berufung in den Sachverständigenrat freue ich mich sehr. Diese Entscheidung ist eine große Ehre



Gratulation an Frau Professor Buch zur Berufung in den Sachverständigenrat vom Präsidenten der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank in Baden-Württemberg, Bernhard Sibold, im Rahmen der IAW-Jahresversammlung am 28. Februar 2012 in der Deutschen Bundesbank, Stuttgart.

für mich. Der Sachverständigenrat ist eine sehr renommierte Institution, die die wirtschaftspolitische Debatte in Deutschland und Europa prägt.“

BERUFUNG

Der Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist in Deutschland das prominenteste Gremium der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung. Hierzu verfasst er jedes Jahr ein Jahresgutachten, das jeweils im Herbst der Bundesregierung über-

geben wird. Inhalt des Gutachtens ist nicht nur eine Analyse und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch die Darstellung wesentlicher ökonomischer Zusammenhänge zu wirtschaftspolitisch bedeutsamen Schwerpunktthemen. Ferner erstellt er Sondergutachten und Expertisen zu ausgewählten Themen. Die Erarbeitung konkreter

Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen gehört nicht zu den Aufgaben des Sachverständigenrats. Die Analysen des Sachverständigenrats sind ein wesentlicher Bestandteil der wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland und haben die politische Entscheidungsfindung immer wieder beeinflusst.

PERSONALIA



Tobias Brändle

Diplom-Volkswirt Tobias Brändle verstärkt seit dem 1. April 2012 das IAW-Team als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Zuvor war er am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft

(Prof. Dr. Laszlo Goerke) an der Eberhard Karls Universität Tübingen beschäftigt. Sein Studium der Internationalen Volkswirtschaftslehre absolvierte er an der Universität Tübingen sowie an der University of Maryland, College Park,

USA. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich empirische Arbeitsmarkt- und Personalökonomik, insbesondere Arbeitsmarktinstitutionen und industrielle Beziehungen. Im IAW ist er im Forschungsschwerpunkt Arbeitsmärkte und Soziale Sicherung tätig.

Auch in den vergangenen Monaten haben uns wieder zahlreiche Praktikantinnen und Praktikanten sowie Hilfskräfte unterstützt. Ein Praktikum absolvierten Jonas Ramolla, Natascha Bandle, Michael Schmidt und Matthias

Seckler. Als Praktikanten sind derzeit Fabian Wahl, Holger Langkabel, Birthe Langhinrichs und Maria Gürlich tätig. Als Hilfskräfte arbeiten Christina Johann, Lukas Jakob, Martin Kores, Anna Miller, Hanno Burwitz, Andreas Lay, Elitza Milenkova, Maira Sontag González und Janina Hundenborn. Teilweise nach längerer Tätigkeit am IAW haben aufgehört: Simone Schultz, Moritz Valet, Fabian Gabor, Anne Feuersinger, Stefan Grimm, Till Zbiranski, Jan Neidhardt und Janina Schoch. Wir danken allen für ihre tatkräftige Unterstützung.

VORTRÄGE / INTERVIEWS

23.01.2012: Claudia Buch: Teilnahme als Sachverständige bei der Anhörung zum Zweiten Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG II) des Haushaltsausschusses des Bundestags, Berlin.

31.01.2012: Claudia Buch: Teilnahme am Podiumsgespräch „Wie kommt Europa aus der Krise?“ mit Gerhard Schick MdB, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Moderation: Chris Kühn, Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg, Tübingen.

15.02.2012: Raimund Krumm: „Wirtschaftliche Entwicklung in der Region Stuttgart und GreenTech im Maschinenbau“, Vortrag vor dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung des Verbands Region Stuttgart in Stuttgart.

24.02.2012: Claudia Buch: Impulsreferat im ‚Dialogforum 3: Finanzen‘ beim „Grünen Konvent zur Zukunft der Europäischen Union – Mitreden, Mitmachen, Mitgestalten“, veranstaltet von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in Kooperation mit der Europagruppe GRÜNE, Berlin.

31.03.2012: Bernhard Boockmann: Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Was ist moderne Arbeitsmarktpolitik?“, veranstaltet vom Juso-Kreisverband Heilbronn Stadt. Weitere Teilnehmer: Martin Diepgen, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit, Dr. Rudolf Luz, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Heilbronn/Neckarsulm, Moderation Mark Zanger, stellvertretender Vorsitzender der Jusos Baden-Württemberg.

20.04.2012: Bernhard Boockmann: „Mindestlöhne in Deutschland – Ergebnisse

der Evaluation der bestehenden gesetzlichen Mindestlöhne in acht Branchen“, Vortrag beim Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), Berlin.

Interviews

29.03.2012: Bernhard Boockmann: Interview zum Thema „Transfergesellschaften – der Fall Schlecker“, Radio detektor.fm

Impressum

Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V.

Ob dem Himmelreich 1, 72074 Tübingen

Tel. 07071 9896-0, Fax: 07071 9896-99

iaw@iaw.edu, <http://www.iaw.edu>

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernhard Boockmann (Geschäftsführer).

Die IAW-News werden vorzugsweise per E-Mail versandt.